



Hauptausgabe

 St. Galler Tagblatt / Ausgabe St. Gallen+Gossau  
 9001 St. Gallen  
 071 272 77 11  
 www.tagblatt.ch

 Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 25'272  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

 Themen-Nr.: 377.009  
 Abo-Nr.: 377009  
 Seite: 5  
 Fläche: 85'832 mm<sup>2</sup>

# Redeschlacht um Anbauschlacht

Die Gegner der Initiative für Ernährungssicherheit redeten gestern stundenlang und erfolglos gegen eine «unnötige» Initiative und eine «Mogelpackung» an. Die Bauern hatten besser lobbyiert.



Bild: Urs Jaudas

Mit der Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» wollen die Schweizer Bauern unter anderem das Kulturland besser schützen.

DENISE LACHAT

**BERN.** Wenn sich Parlamentarier sieben Stunden lang in einer emotionalen Debatte verstricken, wenn über 50 Nationalrätinnen und Nationalräte ans Rednerpult drängen, dann steht in der Regel ein höchst umstrittenes Traktandum zur Diskussion. Bei der gestern im Nationalrat behandelten Volksinitiative «für Ernährungssicherheit» war aber auch nach siebenstündigem Wortgefecht nicht wirklich klar, was denn nun genau der Inhalt des Volksbegehrens und dessen Auswirkungen auf die geltenden Gesetze sein sollen. «Wir haben gedürstet nach

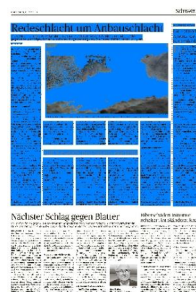
Ideen, aber keinen einzigen konkreten Vorschlag gehört», rief Beat Jans (SP/BL) als Sprecher der vorberatenden Wirtschaftskommission (WAK) in den Saal.

## Bauernlobby hat Erfolg

Die WAK selber hatte das Volksbegehren knapp mit 12 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Bis zur gestrigen Beratung aber hatten die Bauernvertreter intensives Lobbying betrieben. Und so gelang es Bauernpräsident Markus Ritter (CVP/SG), die Reihen in der CVP mehrheitlich zu schliessen, während Bauernverbandsdirektor Jacques Bourgeois (FDP/FR)

vorab welsche Freisinnige auf die Seite der Befürworter zog. Zusammen mit Stimmen aus der BDP und der fast geschlossenen SVP obsiegte schliesslich mit 91 zu 83 Stimmen das Ja. Die Grünen enthielten sich der Stimme, weil die Vorlage für sie in den Worten von Louis Schelbert (LU) «eine Knacknuss» darstellt. Sie sind zwar mit den Initianten einig über die Notwendigkeit des Kulturlandschutzes, befürchten aber, dass Mehrproduktion im Inland auf Kosten des Umweltschutzes und des Tierwohls geht.

Die Befürworter verteidigten gestern die verlangte Ergänzung zu Artikel 104 der Bundesverfas-



Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt / Ausgabe St. Gallen+Gossau  
 9001 St. Gallen  
 071 272 77 11  
 www.tagblatt.ch

Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 25'272  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 377.009  
 Abo-Nr.: 377009  
 Seite: 5  
 Fläche: 85'832 mm<sup>2</sup>

sung gegen den Vorwurf, viel zu vage zu sein. Die drei Forderungen, also mehr einheimische Produktion, mehr Kulturlandschutz und weniger Bürokratie für die Bauern, seien klar und genügen als Richtschnur. «Schliesslich wird die Umsetzung von Bundesrat und Parlament bestimmt», sagte der designierte Präsident der SVP Schweiz, Albert Rösti (BE). Auf die vielen Nachfragen aus dem Rat, welche Gesetze denn nun vom Volksbegehren betroffen seien, hatten die Initianten aber tatsächlich keine Antworten bereitet. Hingegen wurden die Gegner in der SP, bei den Grünliberalen und der Mehrheit der FDP durch etliche Voten in ihrem Verdacht bestärkt, die Bauernvertreter drehten mit ihrer Initiative das Rad der Zeit zurück.

«Das ist ein Wolf im Subven-

tionsschafpelz», kritisierte Martina Munz (SP/SH) und warf den Initianten vor, die Errungenschaften der neuen Agrarpolitik 2014–2017 (AP 14/17) wieder rückgängig machen zu wollen. Gegen die stärker auf Ökologie ausgerichtete AP 14/17 waren die Bauern Sturm gelaufen. Ihr Verband, der SBV, verzichtete zwar auf ein Referendum, lancierte im Nachgang zur ungeliebten Reform aber die Initiative für Ernährungssicherheit. Diese sei bloss ein Mittel gewesen, um die Reihen verbandsintern zu schliessen, lautete gestern der Vorwurf im Rat. Bauernvertreter verstärkten diesen Eindruck, indem sie einräumten, bei der AP 14/17 seien «Korrekturen nötig». Bei den Landschaftsbeiträgen etwa gebe es Auswüchse, sagte Rösti.

### Mehr Selbstversorgung

Einen neuen «Plan Wahlen» werde es mit der Initiative nicht geben, versicherte demgegenüber Erich von Siebenthal (SVP/BE). Es sei aber verantwortungslos, die Versorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln durch Import auf Kosten anderer sicherzustellen. Ritter verwies auf den sinkenden Selbstversorgungsgrad. Durch eine Steigerung der einheimischen Produktion könne dieser Trend bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum wenigstens gebremst werden. Landwirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hatte vergeblich argumentiert, sämtliche Forderungen seien bereits durch die geltende Verfassung und die Gesetze erfüllt. Zudem habe die Schweiz noch nie so viele Kalorien produziert wie jetzt.

## «Im wesentlichen bereits existent»

In einem Kurzgutachten für das Bundesamt für Landwirtschaft hat Peter Hettich, Professor für öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität St.Gallen, die SBV-Initiative mit den bestehenden Verfassungsbestimmungen verglichen.

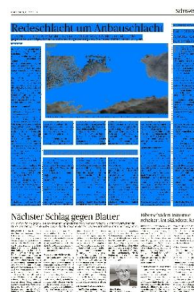
Wenig überraschend kommt Hettich dabei zum Ergebnis, dass «die wesentlichen Elemente des Initiativbegehrens (...) sich im geltenden Verfassungs- oder zumindest Gesetzesrecht nachweisen» liessen. Der Gutachter verweist dabei im wesentlichen auf Artikel 104 der Bundesverfassung (BV) sowie – den Kulturlandschutz betreffend – auf Artikel 75 BV. Auch was die Rechts-

sicherheit und die Investitionssicherheit angeht, sei dies nicht anders: Beides finde in Artikel 5 BV Niederschlag. Verankert seien dort sowohl «das Gebot der Rechtssicherheit als auch das Gebot des Handels nach Treu und Glauben einschliesslich des Vertrauensschutzes». Der von den Initianten vorgeschlagene neue Artikel 104a Absatz 1 BV enthalte «keine konkreten Modifikationen dieser Rechtsinstitute».

Laut Hettich eröffnet das Initiativbegehren indes auch Spannungsfelder: Die indirekt angestrebte Stärkung der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion könne «allenfalls zu

Erschwernissen des internationalen Agrarhandels führen» und eine Produktion am Markt vorbei bewirken.

Dadurch wären nach Hettich neben Artikel 104 auch Artikel 27 BV (Wirtschaftsfreiheit inklusive Aussenwirtschaft) und Artikel 94 BV (wettbewerbliche Ausrichtung der Privatwirtschaft) tangiert. Die Initiative des SBV könne «hier keinen Vorrang beanspruchen». Durch den von der Initiative vorgeschlagenen Artikel 104a induzierte zusätzliche Fördermassnahmen seien so zu gestalten, «dass sie die übrigen Verfassungsnormen und das einschlägige Völkerrecht einhalten». (cla.)



Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt / Ausgabe St. Gallen+Gossau  
 9001 St. Gallen  
 071 272 77 11  
 www.tagblatt.ch

Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 25'272  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 377.009  
 Abo-Nr.: 377009  
 Seite: 5  
 Fläche: 85'832 mm<sup>2</sup>

## KOMMENTAR Die versteckte Agenda der Bauernlobby

Die Initiative für Ernährungssicherheit des Schweizer Bauernverbandes (SBV) ist innerhalb von nur drei Monaten mit fast 150 000 Unterschriften zustande gekommen – ein rekordverdächtiges Tempo! Darauf verwiesen Vertreter des SBV auch in der gestrigen Nationalratsdebatte – und leiteten daraus die Notwendigkeit der Initiative ab.

Abgesehen davon, dass dies fast das einzige an Konkretem ist, was sich über die Initiative sagen lässt, wäre dabei interessant zu wissen, wie viele von diesen fast 150 000 Unterschrei-

benden denn damals wussten, dass bereits bestehende Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen das mit der Initiative Angestrebte voll abdecken. Festgehalten ist dies vor allem in Artikel 104 der Bundesverfassung; ihn hat das Volk vor zwei Jahrzehnten mit rund 80 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Gegenüber diesem Artikel 104 BV und weiteren Bestimmungen, die Landwirtschaft betreffend, bringt die Initiative nichts Neues. Dies zeigte die gestrige Debatte erneut.

Weshalb hat der SBV diese Initiative denn überhaupt initiiert? Weil die Initianten Verstecken spielen, wenn es ums Konkrete geht, darf man mutmassen. Schon möglich, dass damit zum einen jene SBV-Klientel befriedigt werden soll, die mit der Ausrichtung der

Agrarpolitik 2014–2017 unzufrieden ist: Seht her, wir tun was!

Zum andern ist eine «versteckte Agenda» zu vermuten. Nach Annahme des Volksbegehrens werden die Bauernvertreter endlich die Katze aus dem Sack lassen und unter dem Stichwort Ernährungssicherheit einen breiten Wunschkatalog präsentieren, dabei stets den angeblichen Volkswillen bemühend – einen Wunschkatalog, der vor allem eines zum Ziel hat: die Aufweichung des in der Agrarpolitik 2014–2017 Festgeschriebenen. Dies mag im Sinne einiger landwirtschaftlicher Kreise sein, aber im Gesamtinteresse des Landes wäre es sicher nicht.

**Richard Clavadetscher**  
 richard.clavadetscher@tagblatt.ch